

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

54. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbefreiung. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 5. Dezember 1916

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Bergnützungsinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Säule, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 140

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Eine verfehlte Strafpredigt (Fortsetzung). — Neue Ziele, neue Wege, III.
Sozialgesetzgebung und bürgerliches Recht: Neue Invalidenkarten. **Korrespondenzen:** Altenburg. — Berlin (Sch.). — Dessau. — Hildburghausen.
Rundschau: Von Buchdruckern im Kriege. — Ausgiebigster oder notwendigster Gebrauch von der Einstellung ungelerner Arbeitskräfte? **Reismann-Crone** öffentlich des Vertrauensbruchs beschuldigt. — **Doktor a. D.** — Lebensmittelkartenfälschungen. — Eine internationale Erudition. — Verband der deutschen Kreisblätterverlegervereine. — Erhöhung des Anzeigenpreises. — Aber Hundert Kriegszeitungen. — Starker Wettbewerb um die männlichen Kräfte. — Der „Fleischüberfluß“ in Meerane. — Kriegsversicherungskasse der „Volksfürsorge“.
Literarisches: „Sind die Vellen deutschfeindlich?“

□ Eine verfehlte Strafpredigt □

Nachdem unsres Erachtens überzeugend dargelegt worden ist, daß der „Korr.“ für die Erhöhung der Druckpreise die nämliche Unbedingtheit gelten läßt, mit der er einer Besserung des Geschäftsertrags der Druckereien durch angemessene Preise und deren allgemeine Einhaltung immer Verfechter war, kommen wir zu den andern Punkten der dem „Korr.“ durch die „Zeitschrift“ gewordenen Abkürzung. Sie hat unmerkbar offiziösen Charakter. Was darauf noch zurückgegeben werden soll, schöpft unsern Bestand an Beschwerden und Gegenanlagen nicht aus, auch schreiben wir inoffiziell. Der Krieg mit seiner anfechtenden Not und dem vielen Ungemach macht die Nervosität zur Massenerscheinung, wir wollen aber dem Prinzipalsorgan in größerer Ruhe auf seine Vorwürfe begegnen.

Die schwierige Lage der Prinzipale findet in Unbefracht des Umfangs der „Zeitschrift“-Vorlesung ziemlich breite Schilderung. Die vorwiegend kleinstetliche Struktur unsres Gewerbes ist unsern Lesern hinlänglich bekannt. Man darf damit aber nicht so abstrakt operieren, wie es in der „Zeitschrift“ geschieht, da dieses Moment zum Beispiel nicht als ausschlaggebend gilt, wenn die verhältnismäßig niedrige Mitgliederzahl verblüffelt werden soll. Deren Bedeutung wird dann nicht gemessen an der Zahl der angeschlossenen Druckereien, sondern danach, wieviel Gehilfen die Mitglieder der Prinzipalsorganisation beschäftigen, wodurch sich dann ein ganz anderes Bild ergibt.

Mindestens zwei Drittel dieser Betriebe erzielen schon seit zwei Jahren keinen Reingewinn mehr, die größere Hälfte arbeitete sogar mit Verlust, und zwar ist es von diesen wieder nur ein kleiner Teil, der diesen Verlust aus eigenem Vermögen bestreiten kann. In den meisten Fällen sind etwa vorhandene gewesene Ersparnisse für die Aufrechterhaltung des Geschäftes und für den Lebensunterhalt aufgebraucht worden.

Es ist ein reichlich frühes Bild, das hier von der „Zeitschrift“ entworfen wird. Bei aller Würdigung der namentlich für die Kleindruckereien durch den Krieg eingetretenen Verhältnisse, selbst unter Berücksichtigung der vielfach schon 1500 Stilllegungen von Betrieben — im vergangenen Jahre trat nach dem Jahresberichte der Berufsgenossenschaft nur erst ein Rückgang von 1 Proz. ein —, haben wir doch das Gefühl der Übertreibung. Wenn man auch die in Nr. 126 des „Korr.“ gebrachte Zusammenstellung der im allgemeinen besser als unter jetzigen Umständen erwartete ausgefallenen Geschäftserträge von den gesellschaftlich betriebenen Druckereien nicht zu Durchschnittserrechnungen verwenden kann, weil zu wenig Firmen mit ihren Jahresabschlüssen zu ermitteln waren und die schlechter gestellten Druckereien ja hauptsächlich die kleineren Offizinen sein sollen, so ist es doch ein Umstand, der uns die Lage ein wenig besser sehen läßt. Es kann nämlich gesagt werden, daß unter den Firmen mit ansehnlicheren Leistungen in der Familienunterstützung und mit ausgiebigeren Steuerungsulagen die Kleindruckereien einen erfreulichen Prozentsatz ausmachen. Wir halten dieses Argument für geeignet, den Pessimismus der „Zeitschrift“ etwas abzuschwächen. Auch ist wohl die traditionelle Abnung, die man viele Jahrzehnte hindurch verfolgt hat, die Verhältnisse im

Buchdruckergewerbe als besonders ungünstig erscheinen zu lassen, hier nicht zu knapp in Anwendung gekommen.

Wollten wir dagegen sehen, was ein starker Teil der Gehilfenschaft durch die große Arbeitslosigkeit wie durch das lauzianhaltende Salz- oder Verkürzarbeiten im ersten Kriegsabschnitt an schweren Einbußen erlitten hat, es könnte bestimmt aufgewogen werden gegen das, was sicherlich viele Prinzipale später und jetzt an Kümmererissen durchzumachen haben. Im allgemeinen ist es ja wohl so, daß von Gehilfen Seite zu viel nach den Fassaden der Grobdruckereien die Rentabilität unsres Gewerbes Beurteilung findet, während von den Prinzipalen die Lage der Gehilfen gar zu häufig eingeschätzt wird nach den Löhnen von Maschinenmeistern und andern Spezialarbeitern, die infolge des erheblichen Mangels an solchen Kräften zur Leistung unzähliger Überstunden gezwungen werden und so natürlich oft hohe Löhne erzielen. Das eine ist so wenig richtig wie das andre.

Die freiwilligen Insterkürzungen, die in mancherlei Form, zumeist jedoch als Beihilfe zum Lebensunterhalte der Kriegerfamilien, gewährt werden, sehen wir von der „Zeitschrift“ ebenfalls angeführt; sie sollen mit zum Beweise dienen, daß die Prinzipalität „in ihrer überwiegenden Mehrheit reichlich ihre Pflicht der Gehilfenschaft gegenüber tut“. Was viele bestgefesselte Buchdruckereibesitzer vom Beginne des Kriegs an auf diesem Gebiete geleistet hätten, betrage sicher mehrere Millionen Mark, die niemals wieder eingebraucht werden könnten. Es wird jedoch vom Prinzipalsorgan nicht gesagt, daß die Gehilfenschaft das stets anerkannt und der „Korr.“ bei jeder Gelegenheit dies rühmend erwähnt und sogar als vorbildlich hingestellt hat, sondern es heißt nur, auch das Verbandsorgan habe gestreut darüber berichtet, weil es zur Nachahmung dienen sollte, aber es sei gar nicht nach deren Möglichkeit gefragt worden.

Wir können heute nichts Neues und nichts Ubergewandenes sagen, was hierüber nicht schon gestern von uns gesagt worden ist, aber eine Einschränkung wäre zu machen. Wenn es einmal nach der neuen Magime der „Zeitschrift“ gehen soll, die Zahl der Firmen wirken zu lassen, dann gibt es einen beträchtlichen Ausfall, dann darf nicht so verallgemeinert werden, wie es aus der „Zeitschrift“ klingt. Wir haben im vergangenen Jahre über diese Ertragsleistungen eine Übersicht gegeben, die gewiß manche Druckerei nicht erfasste, weil nicht über alle derartige Bewilligungen Nachrichten vorlagen, um die Absicht vieler Gemeindevorstände, dafür ihre Zuschüsse zur Reichsunterstützung zu kürzen oder ganz fortkommen zu lassen, zu durchkreuzen, die aber doch auffallende Unterschiede erkennen ließ, deren Erklärung nicht einfach im Nichtkönnen zu finden ist. Wir freuen uns jedoch der hier gezeigten Gebefreudigkeit, weil sie heinerlei Beschlüssen entspringt. Hätte die Organisation der Prinzipale hier mitsprechen oder gar entscheiden sollen, so würden die wohlbekannten Einflüsse sich ebenso hindernd bemerkbar gemacht haben wie bei den Steuerungsulagen. Die „Zeitschrift“ hätte dann jetzt nicht eine hoch günstige Gelegenheit gehabt, von reichlicher Pflichterfüllung des Gehilfen gegenüber sprechen zu können, bei der, wie bis jetzt schon gesagt, Vorbehalte doch notwendig sind.

Unsere Kollegen entgeht in ihrem begreiflichen Mißmut über die Bemessung der Steuerungsulagen zu häufig dieses Faktum zum Teil recht großer Anstrengungen. Es ist ja verständlich, daß das Urteil darüber um so schärfer lautet, je mehr Beschränkung bei den Steuerungsulagen sich die Firmen auferlegen, die in der Familienunterstützung ein Vakuum aufweisen. Tatsächlich sind die mit der langen Kriegsdauer zu einer starken Belastung gewordenen Zuwendungen an die Angehörigen der Ausmarschierden den Steuerungsulagen abträglich geworden. Man hat die hier zu verzeichnenden Leistungen eines immerhin beträchtlichen Teiles der Prinzipale — nach der Gehilfenzahl gemessen — ohne viel Umstände verallgemeinert und als Posten für die Gesamtheit bei dem Ausmaße der Steuerungsulagen erheblich in Anrechnung gebracht. Es lag gar kein Anlaß

vor, seitens der Prinzipale nicht tüchtig über die Mindestlöhne hinauszugehen, die sich bei der Familienunterstützung Schonung auferlegen.

Es ist im vorausgehenden Abschnitt bereits erwähnt worden, daß nicht so selten gerade die Firmen mit guten Steuerungsulagen vertreten sind, die sich schon den Kriegerfamilien gegenüber rühmlich hervortun. Andererseits hat unser Kollege König in seinem Artikel über „Verwässerung der Steuerungsulagen“ (Nr. 135) auf das jetzt häufigere Vorkommen aufmerksam gemacht, daß den von der Steuerung schier erdrückten Gehilfen die böse Alternative gelassen wird, entweder die Familienunterstützung fallen zu lassen oder auf weitere Steuerungsulagen zu verzichten. Das ist ganz und gar nicht zu billigen. Wo es sich um wirklich weitgehende Bewilligungen an die Kriegerfamilien handelt, ließe sich doch wohl ein Ausweg finden, nämlich insofern, als man sich dahin verständigt, die aller Wahrscheinlichkeit nach nun eintretende Erhöhung der Kriegsunterstützung von Reichs und zum Teil auch von Gemeinde wegen auf die von den Geschäften gewährte Familienunterstützung in Anrechnung zu bringen, die Differenz aber als Steuerungsulagen auszus zahlen. Das dürfte jedoch nur in den Fällen außerordentlicher Leistungen zulässig sein. Sonst muß darauf gehalten werden, daß die neue Druckpreiserhöhung die erhöhten Steuerungsulagen wekmachen soll.

Einen nennenswerteren Differenzpunkt mit der „Zeitschrift“ bilden die sonstigen Lohnsteigerungen. Wir schreiben in unserm Artikel über die weitere Erhöhung der Druckpreise (Nr. 129), man hätte in der Bekanntmachung darüber mehr die tatsächlich starke Materialversteuerung besonen sollen. Erhöhung der Löhne — die Steuerungsulagen außer acht gelassen — habe nicht in dem Maße stattgefunden, das alle Personal sei selten aufgebessert worden. Das Prinzipalsorgan wendet dagegen ein, es sei nicht zutreffend, daß die sonstigen Lohnsteigerungen sich fast nur auf Neueinstellungen bezögen. Es hätten infolge der höheren Löhne, die den vielen Neueingestellten gezahlt werden mußten, schon vor Einführung der Steuerungsulagen auch den bereits längere Zeit Beschäftigten Lohnzulagen gegeben werden müssen.

Das ist an sich nicht zu bestreiten; wir haben die sonstigen Lohnsteigerungen auch gar nicht in Abrede gestellt, sondern nur ihre Hervorhebung in jener Bekanntmachung kritisiert, weil in dem Maße nicht von direkten Lohnsteigerungen geredet werden kann. Die „Zeitschrift“ drückt sich denn auch hier mit größerer Vorsicht aus als in andern Punkten. Wozu das Prinzipalsorgan jedoch nicht in der Lage ist, nämlich Gewißheit über die Bemerkbarkeit der Lohnsteigerungen zu erbringen, das können wir wenigstens zum Teil mit einwandfreien Zahlen belegen.

In der vorletzten Woche ist der endgültige Jahresbericht für 1915 der Deutschen Buchdruckerberufsgenossenschaft erschienen. Darin sind die im Vorjahre sehr vermischten spezifizierten Lohnstabellen enthalten, die den besten Anhaltspunkt geben, denn die gezahlten Löhne sind von jeder Firma nach geleblicher Vorschrift zwingend anzugeben. Daß unsre Berufsgenossenschaft nicht sämtliche Druckereibetriebe umfaßt, ändert an dem Gesamtbilde nichts, da die andern Berufsgenossenschaften unterstellten Druckereien nur Nebenzweige von graphischen Unternehmungen sind, also nicht ins Gewicht fallen können. Aus den sehr gut angelegten tabellarischen Übersichten der Buchdruckerberufsgenossenschaft ließ sich die für unsre Zwecke völlig genügende nachstehende Zusammenstellung gewinnen:

Jahr	Anzahl der Beschäftigten	Jahresverdienst Mk.	Durchschnitt Mk.	Mehr (+) oder weniger (-) gegen 1913 Proz.
Gesamt:				
1913	41883	72326694	1726,87	
1914	34637	59653527	1722,39	- 0,26
1915	22887	40695283	1778,10	+ 2,97

Jahr	Anzahl der Beschäftigten	Jahresverdienst Mh.	Durchschnitt Mh.	Mehr (+) oder weniger (-) gegen 1913	
				Prozent	Prozent
Maschinenheber:					
1913	5685	12616406	2219,26		
1914	5210	11560945	2217,07	-	0,10
1915	4157	9464532	2276,77	+	2,59
Drucker:					
1913	13757	23663906	1720,14		
1914	11735	20033493	1707,15	-	0,76
1915	7146	12750619	1784,80	+	3,73
Korrespondenz:					
1913	1575	3562254	2281,75		
1914	1519	3407112	2243,-	-	0,83
1915	1327	3190293	2404,14	+	6,80

Zehrlinge und Hilfspersonen (weiblich und männlich):					
1913	40966	25565048	623,81		
1914	38047	23052538	605,90	-	2,96
1915	33589	20637587	614,42	-	1,53

Jahresdurchschnittsverdienst aller Kategorien:
 1913: 1710,36 Mh.
 1914: 1699,10 „ = 0,66 Proc. weniger als 1913.
 1915: 1771,55 „ = 3,58 „ mehr als 1913.

Jahresdurchschnittsverdienst der Gehilfen allein:
 1913: 1982,00 Mh.
 1914: 1972,40 „ = 0,49 Proc. weniger als 1913.
 1915: 2060,83 „ = 3,98 „ mehr als 1913.

Wochendurchschnittsverdienst der Gehilfen:
 1913: 38,12 Mh.
 1914: 37,93 „ = 0,19 Mh. weniger als 1913.
 1915: 39,85 „ = 1,53 „ mehr als 1913.

Es muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß der reine Durchschnittslohn niedriger liegt, denn für die Berufsangehörigen werden alle Überstunden mitgezählt, auch die Zulagen müssen inrechnung kommen. Für 1915 ist das nur zum Teil geschehen, da erst im Juni d. J. eine offizielle Bekanntmachung darüber Bestimmungen auslieferte. Der wirkliche Jahresdurchschnittslohn erfuhr also Verringerung.

Was im Jahre 1916 geschehen ist, wird auch die „Zeitschrift“ nicht sagen können. Es muß an sonstigen Lohnsteigerungen, d. h. Mehrbezahlung des alten Personals und höhere Einstellungsgehälter, ein Erleichterendes in diesem Jahre geschehen sein, wenn die Behauptung in jener Bekanntmachung durch Tatsachen völlig gedeckt und die Vorwurfsforderungen der „Zeitschrift“ greifbare Gestalt gewinnen sollen.

Bis Ende 1915 ergibt sich, daß die fünf Kriegesmonate von 1914 eine Verschlechterung auf dem Lohngebiete brachten. Es war das jene Zeit, wo der Tarif an einem Faden hing, wo mit dem Massenstempel „Es ist Krieg“ jede Willkür Berechtigung haben sollte und manche Schädliche im Drango der aufgeregten Zeit unvermerkt blieb.

Wenn im Jahre 1915 dann 1,53 Mh. wöchentlich als Lohnsteigerung zu buchen sind, so macht der Abzug für Überstunden, mit denen im März die „neue Saison“ begann, und die teilweise inrechnung der Zulagen die Vohnerhöhung geringer. Was wirkliche Mehrleistung ist, kann aber nicht als so erheblich angesehen werden, daß darüber radegeschlagen werden müßte. Wenn es die Einstellungen von jüngeren Gehilfen, die zuweisen sich auf das Konjunkturaussehen so gut verstanden wie nicht wenige Prinzipale beim oder nach dem Kriegsausbruch, oftmals erst vermochten, daß auch den älteren Kollegen endlich mehr gegeben wurde, so ist dieses Mißverhältnis doch keine besondere Ursache von sozialer Einsicht. Zudem war 1915 schon ein großes Zeutejahr für alle, die Lebensmittel und Bedarfsartikel für den täglichen Verbrauch produzieren, vermitteln oder verkaufen. Die Zunahme des Durchschnittsverdienstes um 3,98 Proc. brufft hat also nichts Auffälliges und findet in allem Seitenblicke, in der Mehrzahl wohl gar bessere.

Die Drucker haben am besten bei den „sonstigen Lohnsteigerungen“ abgeschrieben, das Hilfspersonal und die Zehrlinge weisen indes auch für 1915 noch Rückgang auf. Von den sozialen gewöhnlichen Druckern wird am meisten starke Lohnverbesserung behauptet; wie ein Vergleich mit den Seheren zeigt, hat das keine Berechtigung.

Die vorstehenden Berechnungen aus dem Berufsangehörigkeitsstatistik können auf beiden Seiten falsche Vorstellungen zerstreuen. Es gibt unter den Gehilfen nicht wenige, die von Sachkenntnis wenig beschränkt, so ziemlich alle alten Berufe als höher entlohnt aufmarschieren lassen. So liegen die Dinge aber wirklich nicht. Von Prinzipalen dagegen hört man häufig und ist auch in ihrem Organ manchesmal zu lesen, daß die Buchdruckergehilfen sehr wohl welche Löhne verdienen. Dem ist erst recht nicht so. Auch wenn der Durchschnittslohn von 39,65 Mh. nicht noch Abzüge erfahren müßte, weil nur vom Normalverdienst aus beurteilt werden kann, so wäre das für einen Buchdrucker im zweiten Kriegsjahre noch keine gute Bezahlung. Wir

sind der Ansicht, daß jetzt in unserm Gewerbe am intensiven gearbeitet und tatsächliche Mehrleistungen zu geringe Entschädigung werden. Aber nun die Spannung der Löhne bei uns vom Minimum bis hinauf zu den Verdiensten der Notation! Mit einem Empfinden, das nahe an Entzweiung grenzt, vernehmen Verbandsleitung und Redaktion immer wieder, daß in gewissen Orten und Druckereien das Minimum auch jetzt noch Krumpf ist. Wenn dann in Versammlungen der Tarifgemeinschaft oder der „Erziehung der Mitglieder“ die Schuld dafür zugeschoben wird, dann kann einen schon die Wut packen. Seit 1873 haben wir die Bestimmung, daß die tariflichen Sätze nur Mindestlöhne sind. Die Tarifgemeinschaft gestaltet also ohne weiteres freie Bahn für alle Tüchtigen, und die Organisation verlangt im gewerkschaftlichen Interesse, daß ein jeder seine Arbeitskraft zu gut und in feiner Verdienst wie nur möglich. Es ist aber ausgeschlossen, daß die Gewerkschaft das für jeden einzelnen tut. Hier heißt es wie früher schon: Selbst ist der Mann! Wenn das nicht mehr als Grundsatze hochgehalten werden soll, würde es schlimmer um den Verband stehen.

Was man bisweilen hört, selbst in den letzten Tagen noch durch neue Fälle vermehrt, läßt bei manchen Firmen eine geradezu unbegreifliche Ablehnung gegen Lohnsteigerungen erkennen. Druckereien, die mit großen Substraten im „Korr.“ förmliche Postschreie nach Gehilfen ausstoßen, lassen Gehilfen, die acht und bis zu fünfzehn Jahren im Gewerbe tätig sind, lieber gehen, als ihnen eine nachgeluchte Lohnzulage zu bewilligen. Dann heißt es: „Sie sind eine zu schwache Kräfte“, oder: „Wir geben nicht mehr!“ Was eingestuft wird, erhält natürlich ohne weiteres höheren Lohn, als man den eingearbeiteten Kräften geben will. Derartige Vorkommnisse sollen nicht verallgemeinert werden, denn sie sind geschäftliche Selbstverleugung in solcher Zeit absolut nicht verstehbar, aber bei großen Firmen sind sie eher zu verzeihen als von kleinen. Das Wechseln der Gehilfen ist also keineswegs immer ein neuer Sport, sondern wird manchmal direkt aufgezwungen.

Wie es mit den Lohnsteigerungen sonst noch auslieht, hat die in der Nr. 137 gebrachte Skizze über die Kriegsauswertung der Faktoren gezeigt; die soziale Einsicht der Prinzipale läßt danach vielfach recht zu wünschen übrig. Wir werden sehen, wo das weiser noch auftritt.

□ □ Neue Ziele, neue Wege □ □

III.

Von den „sozialen Aufgaben des Strafrechtes vor und nach dem Kriege“ handelt ein Artikel des Dr. v. Bissel (Heidelberg). Auch hier die Forderung: Nicht die Tat, sondern der Täter ist zu bestrafen. „Von größter Bedeutung aber ist, daß Strafen überhaupt vermieden werden, wo andere Mittel einen besseren Erfolg versprechen, wie das die Erziehung des noch Erziehungs-fähigen tut.“ Viele Anschauung ist um so aufzuerstehen, als bekanntermassen eine Strafe vielfach nicht die Reinigung des Bestraften von seiner Schuld, sondern im Gegenteil eine Bemerkung bewirkt, an der er erfahrungsgemäß oft schwerer zu tragen hat als an der Strafe selbst. Wo jedoch Strafen nicht zu umgehen sind, muß der Strafvollzug nach sozialen Forderungen gestaltet werden. „Die Strafe darf den Bestraften nicht der Gefahr sittlicher Verderbnis aussetzen, sie muß seine Anpassungsfähigkeit an die Forderungen der Gesellschaft erhöhen.“

„In etwas weit ausdehnender Form sucht der Schriftsteller des Zentralblattes der christlichen Gewerkschaften, die Bedeutung der Arbeiterbewegung für die Rechtsentwicklung“ nachzuweisen. Man kann ihm ohne weiteres darin folgen, daß die vorwärtsstrebende Arbeiterbewegung ein wesentlicher Faktor bei Schaffung aller der Gesetze gewesen ist, die in der Hauptsache mit dem Lohn- und Arbeitsverhältnis sowie der Arbeitsverpflichtung zusammenhängen. Inwiefern dabei allerdings die christlichen Gewerkschaften fördernd mitgewirkt haben, soll hier im Interesse des Burgfriedens nicht näher unterucht werden, denken doch alle Anzeichen darauf hin, daß auch diese Organisationen durch die Macht der Verhältnisse immer mehr dazu gedrängt werden, die Wege zu beschreiten, die von den übrigen Gewerkschaften längst als die allein richtigen gegangen werden. Mit Recht weist der Verfasser Bräuer auch darauf hin, daß das gewalttätige Anwachsen der durch die Arbeiterorganisationen erzwungenen Tarifverträge eine neue Art in Gesetz und Rechtsprechung vorzubereiten geeignet ist. Auch die Frage der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine wird in den Kreis der Erörterungen gezogen. Den gelben Berufsvereinen wird die Würdigung zuteil, die sie auf Grund ihrer gesamten Stellung innerhalb der Arbeiterbewegung verdienen.

Robert Bissel vom Zentralarbeitssekretariat trifft in einem Artikel „Arbeitsrecht und Versicherungsrecht“ für ein einheitliches Arbeitsrecht ein. Unter Beibringung verschiedener Beispiele zeigt er auf, wie mannigfaltig die Rechte sind, nach denen gleiche Arbeitsleistungen, je nach der Stelle, in der sie verrichtet werden, verschiedene Beurteilung finden: „Rechtfertigt die Feststellung eines Rinderbratens im Restaurant, eines Kalbsbratens in einem Kaffeehaus, eines Sammelbratens im Privatbratenshalbe die Anwendung ganz verschiedener Rechte?“ (Gewerbeordnung, Bürgerliches Gesetzbuch, Gemeindeordnung) In bezug auf das Versicherungsrecht und der ihm anhaftenden

Mängel prägt er den Satz: „Wäre nur die Hälfte der geistigen Arbeit auf die Gestaltung und Erfüllung des Gesetzes verwendet worden, die bisher das Reichsversicherungsamt anwenden mußte, um den Kern der Reichsliste des Gesetzes herauszufinden, wäre sicher ein Gesetz aus einem Gulle zustande gekommen.“ Wenn er weiter betont, daß der Zeit der Menschenverachtung eine Zeit der Menschenökonomie, des Menschenschutzes folgen muß und deshalb Sozialpolitik mehr als jemals zu einer Staatsnotwendigkeit wird, so wird er zwar bei einzelnen Unbelehrbaren auf Widerstand stoßen, aber der Masse des Volkes, nicht nur der Arbeiterklasse, hat er damit aus dem Herzen gesprochen.

Nachdem Gesetz und Recht und deren Verstärker ausbreitende Wirkung gefunden, leistet Dr. Lederer (Heidelberg) unter dem Titel „Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände“ zu ändern nicht weniger wichtige Fragen für die Neuorganisation über. Wesen und Wert der Organisationen finden durch ihn wohlthuende Anerkennung, und gar zutreffend zeichnet er die Außenleiter als eine atomisierte Masse, der man nicht einen besonderen Willen zuschreiben kann. „Nicht um die Freiheit der Persönlichkeit zu wahren, bleibt der einzelne Arbeiter außerhalb der Organisationen, sondern um die Mitgliederbeiträge zu sparen.“ Gerade den Außenleitern sollte der Satz zu denken geben: Die Organisation der Arbeitgeber ist zwar viel jünger als die der Arbeitnehmer, aber weitaus erfolgreicher.“ Das fast alle diese Organisationen zur Zeit juristisch in der Luft hängen, lediglich auf Freu und Glauben aufgebaut sind und doch funktionieren, sogar ausgezeichnet funktionieren, ist nach Lederer ein Zeichen dafür, wie wenig der Inhalt ökonomischer Entwicklung von einer gleichmäßigen Formulierung abhängt ist. Demen, die da glauben, daß das Bestreben eines gemeinamen Zusammenarbeitens zur Herbeiführung besserer wirtschaftlicher und politischer Zustände die Gehirne derart verkleinern müßte, daß für sie alle Realitäten des Lebens nicht mehr vorhanden sind, schreibt er ins Stammbuch: „Niemand wird so optimistisch sein, zu meinen, daß die Periode der Arbeitskämpfe in Deutschland nach dem Krieg abgeschlossen ist, daß die Erinnerung an die Not und Zeit des Krieges genügen würde, um liberal ohne Streit und Aufsperrung den Ausgleich zu finden. Ohn Gegenfelle, wir werden mit weit größeren Reichungsfähigkeiten im ökonomischen Leben und demgemäß auch mit schwerer Arbeitskämpfe zu rechnen haben.“ Die Neuorganisation der Arbeitswilligen (gelbe Gewerkschaften) am „Schutze“ derselben kennzeichnet Lederer als nichts anderes als eine Verbesserung der Stellung der Unternehmer im Arbeitskamps. Die Frage der gesetzlichen Anerkennung der Organisationen ist für den Vorkämpfer eine mehr als schwierige, er vorzuziehen nicht die Gefahren, die dadurch heraufbeschworen werden können (größere Bürokratisierung, Erfahrung des sozialen Lebens). Trotzdem ist auch er der Meinung, daß das Problem auf die eine oder andere Art gelöst werden muß.

Sozialgesetzliches und bürgerliches Recht

Neue Invalidenkarten.

Bekanntlich hat der Reichstag unterm 29. Juni 1916 eine Änderung der Reichsversicherungsordnung dahingehend beschlossen, als das Alter zum Bezüge der Altersrente auf das 65. Lebensjahr herabgesetzt, die Waisenrenten für Frauen mit mehr wie einem Kind erhöht und Rentenleistungen von Invaliden, Kranken- und Hinterbliebenenrenten in Wegfall gekommen sind. Dazu wurde noch eine Erhöhung der Beiträge um 2 Mfg. pro Marke in allen Wohnklassen vom 1. Januar 1917 ab beschlossen.

Unterm 12. Oktober 1916 hat nun der Bundesrat noch eine Verordnung über die Einrichtung der Quittungskarten für die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung folgen lassen. Siernach sind die Quittungskarten für die Invalidenversicherung in grauer Farbe aus Zellstoff (bisher aus Hadern und Zellstoff) herzustellen. Für die Selbstversicherung und ihre Fortsetzung sind besondere Quittungskarten von grauer Farbe wie bisher zu verwenden, Wer hierfür gelbe Quittungskarten unbesetzt verwendet, kann, wenn nicht nach ändern gesetzlichen Bestimmungen eine härtere Strafe eintritt, vom Versicherungsamt mit einer Ordnungsstrafe bis zu 20 Mh. belegt werden. Personen, für die früher auf Grund der Versicherungsspflicht Beiträge entrichtet worden sind, dürfen auch im Falle der Selbstversicherung nur gelbe Quittungskarten verwenden.

Im Anschlusse hieran ist nochmals darauf hingewiesen, daß die Marken nach dem Einhalten zu entwerfen sind. Zum Beispiel für den 6. Januar 1917 wie folgt: „6. 1. 17“. Dann erfüllt die Quittungskarte, wenn während zweier Jahre nach dem auf der Quittungskarte verzeichneten Ausstellungstag weniger als 20 Wochenbeiträge auf Grund der Versicherungsspflicht oder der Weiterversicherung entrichtet worden sind. Bei der Selbstversicherung und ihrer Fortsetzung müssen zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft innerhalb der vorbestimmten Frist mindestens 40 Beiträge entrichtet werden. Dies gilt nicht, wenn auf Grund der Versicherungsspflicht mehr als 60 Beiträge geleistet worden sind.

Samburg. M. Gildenberg.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Altenburg. Die am 21. November abgehaltene Versammlung nahm zunächst die Kasienberichte entgegen, welche ein erfreuliches Resultat ausweisen, vollzog vier

Neuaufnahmen und lauschte mit Aufmerksamkeit einem Vortrage des Kriegerführers (Geisig) über Kriegsgeschichten (mit reichhaltiger Ausstattung). Vom friedlichen, völkerverbindenden Werk der „Bugra“ ausgehend, schilderte Redner dann die Widerstände, die der Werk-, Maschinen-, Holz- und Landhandlungsdruck hat überwinden müssen. Zur Zeit zeigte sich aber doch wieder ein Durchringen und beim Holz- und Eisen- und Stahl-Druck ein Streben zur technischen Verbesserung, trotz der nur ganz jungen oder der älteren Arbeitskräfte. Interessant war zu hören, daß das Lebensbedürfnis unserer Geldgrauen eine geistliche Verlesung nachweise, denn das Verlangen nach philosophischen und wissenschaftlichen Werken folge andauernd. Reicher Beifall folgte dem Vortrage. Die Zeuerungszulagen sind nach den gegebenen Richtlinien durchgeführt; eine Druckerei ging darüber hinaus. Die im Felde stehenden 180 Bezirkskollegen sollen mit einer Weihnachtsgabe bedacht werden. Nach einigen aufmunternden Worten zum weiteren festen Zusammenhalten seitens des Kollegen Sturm erfolgte Schluß der Versammlung. Anwesend: 60 Kollegen.

Berlin. Verein der in Schriftlehre und Arbeitenden. — Generalversammlung vom 16. November. Die Versammlung ehrte das Andenken der im letzten Kalbjahre gefallenen Kollegen Minchberg jun., Koch und Bierwagen sowie der verstorbenen Kollegen Lippmann, Grabe, Stone Käne. Der Beschäftigungsgrad hat sich ein klein wenig gehoben, augenblicklich sind 68 Kollegen in Gelehrten tätig, 30 in Stenotypen und 40 in andern Berufen; 139 sind zum Militär eingezogen, zu den letzteren gehören auch die Mechaniker, Schlosser, Metallmaschinenarbeiter und Hilfsarbeiter. Die Zahl der Vereinsmitglieder beträgt noch 218. Über Metallmangel wird noch immer geklagt. Das überwiesene Metall reicht nicht aus und ist die möglicherweise eintreffende Schmelzung einer großen Menge aus diesem Grunde bereits angekündigt. Seltenermittel wurden nicht mehr geliefert, auch keine Entschädigung dafür gewährt; nachträglich ist Bescheid eingetroffen, daß Lieferung wieder erfolgt. Zeuerungszulagen werden von dem Kreisvereine Berlin gebührenden Firmen der Vereinigung deutscher Schriftlehren nicht gewährt. Die Lage der Gehilfen und Arbeiterinnen hat sich durch die Zeuerung verschlechtert. Es gilt heute noch der Tarif von 1911. Die Umstände, erfordern es, daß die Mäße oft gewechselt werden müssen; eine Arbeit wird an dieser Maschine, die nächste an einer andern ausgeführt, da fehlen die Treibringen, die Schläuche; jedesmal ist ein Aufenthalten damit verbunden. Laut Tarif ist für unerschützte Verhältnisse Entschädigung zu zahlen. Diese Bestimmung hat von jeder den Gehilfen Schwierigkeiten bereitet und oft zu Differenzen und Verhandlungen Anlaß gegeben, aber nur in seltenen Fällen sind Entschädigungen geleistet worden. Diese Bestimmung ist so behandelt worden, als stände sie gar nicht im Tarife. Die Versammlung stellte sich auf den Standpunkt, daß dies jetzt anders werden müsse und die Bestimmung in unveränderter Form in Anwendung zu bringen sind. Eine Firma hat die Verhältnismittelentschädigung grundsätzlich abgelehnt. Aus diesem Grund ist das Personal dieser Firma zu dem Entschluß gekommen, von jetzt an Entschädigung in vollem Umfange zu verlangen und außerdem für die Arbeiterinnen einen 15prozentigen Lohnzuschlag. Die Versammlung gab zu diesem Vorgehen ihre volle Zustimmung. Die in Granaten- und Munitionsfabriken arbeitenden Kollegen haben sich besser als die in Gelehrten arbeitenden. Den Familien der im Felde stehenden Mitglieder ist die statutarische Unterstützung als Arbeitslosenunterstützung ausgestellt worden. Die Vereinskasse hat dadurch eine doppelte Belastung erfahren, da bei Kriegsausbruch fast alle Mitglieder arbeitslos geworden waren und die volle Unterstützung bezogen; bei der später erfolgten Einziehung ist die Unterstützung dann nochmals zur Auszahlung gelangt. In künftigen Fällen soll hieran festgehalten werden, da es sich nur noch um vereinzelte Fälle handeln kann. Die Unterbringung von kriegsbeschädigten Schriftgelehrten im Beruf ist in der Weise gedacht, daß bei Belegung von Stellen in jedem Falle den kriegsbeschädigten der Vorrang gelassen wird. Berlin hat bis jetzt noch keinen Fall zu verzeichnen, daß kriegsbeschädigte sich zur Arbeit gemeldet haben. Einarmige oder im Sehevermögen geschwächte Schriftgelehrte werden kaum in Betracht kommen, Beinerlehte können aber noch als Schriftgelehrte arbeiten. Die Hauptsache ist, daß erst wieder mehr Arbeit vorhanden ist, und daß bei Kriegsende, wenn die Arbeit in der Kriegsindeustrie vorbei ist, die dort beschäftigten Gehilfen die Gelehrten nicht nach Arbeit überlassen. Wir werden unser Augenmerk darauf richten. Mit Befriedigung wurde davon Kenntnis genommen, daß in andern Gießstädten kriegsbeschädigte Schriftgelehrte Arbeit bekommen haben. In einem Zeitungsartikel („Berliner Morgenpost“) wurden die Eltern aufgefordert, ihre Söhne unter andern Gewerben auch Schriftgelehrte werden zu lassen und dieses Gewerbe als zukunftsreich hingestellt. Der Artikelsschreiber scheint nicht zu wissen, daß bereits in den Jahren vor dem Krieg ein Teil der Schriftgelehrten zu andern Berufen übergehen mußte, da für sie kein Platz mehr in der Schriftgelehrerei war. Ein beträchtlicher Teil junger Kollegen hat seine vier Jahre umsonst gelernt. (Die Berliner Belehrlingsverbände haben nun gar noch auf die Schriftgelehrten übertragen zu sehen, ist allerdings der Gipfel. Red.) Die Versammlung nahm die Grüße der im Felde stehenden Kollegen entgegen; leider haben diesmal nur 80 mit Liebesgaben bedacht werden können, bei den übrigen fehlen Adressenangaben. Es wurde noch auf die Beschaffung des ersten Bandes unserer Verbandsgesichte verwiesen, die auch für die Schriftgelehrten sowie unsern Spezialberuf viel Bemerkenswertes und Belehrendes enthält. Die Versammlung, an der erfreulicher-

weise der erste Vorsitzende Ernst Schneider als Gast teilnahm, da er gerade in Berlin dienstlich zu tun hatte, schloß mit dem Wunsch auf Beendigung des in unsrer Zeit der Humanität und Bildung gar nicht passenden Völkerkrieges mit seinem Glauben und Schrecken.

Deffau. Die beschlossene Erhöhung der Zeuerungszulagen gelangte mit dem Monat Oktober nach den gegebenen Richtlinien in künftigen hiesigen Druckereien zur Einführung.

Hildburghausen. In der am Aufnahmestiftung abgehaltenen Versammlung unseres Ortsvereins waren etwa 20 Kollegen anwesend. Nach Verlesung von Zeitungsartikeln und Begrüßung der anwesenden Soldaten wurde der Kassenbericht entgegengenommen; dieser erstattete in Verbindung des Kassierers der Vorsitzende Zimmer. Zur Zeit verfügt der Ortsverein über ein Vermögen von 450 Mk. In der Zeuerungszulagenangelegenheit konnte festgestellt werden, daß diesmal von beiden hiesigen Druckereien die Richtlinien (einschl. Kinderzulagen) anerkannt wurden, die fälligen Beträge für den Monat Oktober sind nachgezahlt worden. Selber gab es wöchentlich nur 1,50 bzw. 1 Mk. Der Antrag des Bezirksvorstandes, den Kriegerfrauen aus Zeuerungsmitteln am Weihnachtsabend 3 Mk. zu übermitteln, wurde ausgestellt. Diese 3 Mk. sollen zusammen mit der monatlichen Unterstützung für den Monat Dezember ausgezahlt werden. Die ledigen eingezogenen Kollegen sollen aus Ortsvereinsmitteln mit einer kleinen Weihnachtsgabe bedacht werden. Der Anspruch auf die laufende Unterstützung an die Kriegerfrauen soll in Zukunft von einer Karenz von 30 Verträgen im Bezirk bzw. Ort abhänig gemacht werden. Da die glatte Durchführung der Zeuerungszulagen für alle Kollegen nur dem persönlichen Ansehen der in den Druckereien vorstellig gewordenen Kollegen zu danken ist, so darf man wohl die Erwartung hegen, daß auch unsre Versammlungen in Zukunft von allen Kollegen besucht werden.

□ □ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □ □

Von Buchdruckern im Kriege. Von den im Felde stehenden Mitgliedern unserer Organisation erhielten das Eiserne Kreuz: Max Lorenz (Großsch), Fritz Krenpel und Wilhelm Müller (Karlsruhe), Hans Färber (Hiel), August Braun, Wilhelm Hempel und Walter Schulz (Kolberg), Arthur Lindner (Weipzig), Fritz Gusch und Richard Morik (Prenzlau), Johann Kleinburg (Mühlrad), Wilms Rosenfelder (Süßingen), Arthur Sachle (Weimar) und Paul Karnik (Wismar). Damit haben bis jetzt 2498 Verbandskollegen diese militärische Auszeichnung erhalten.

Ausgiebiger oder notwendiger Gebrauch von der Einstellung ungesunder Erbschaften? Eine Bezirksprinzipalversammlung in Halle a. S. befaßte sich mit der „Behaltensmaßnahme“ des Tarifamts vom 4. November und stellte sich auf den Standpunkt, „von der darin ausgesprochenen Bereitwilligkeit des Tarifamts ausgiebiger Gebrauch zu machen. Dabei wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß das Tarifamt allen billigen Ansprüchen in Würdigung der heutigen Notlage gerecht werden möge.“ Hingewiesen wurde noch auf die Notwendigkeit, in jedem einzelnen Falle die Genehmigung des Tarifamts einzuholen. Da mit den während der Kriegszeit ausgesetzten tariflichen Ausnahmen bei einem Teile der Prinzipale die Erfahrung gemacht werden mußte, daß durchaus nicht immer ein lokaler Gebrauch davon gemacht wurde — mit dem Aussehen hing es an —, so riefen wir an das Tarifamt das dringende Ersuchen, nur den notwendigen Gebrauch zuzulassen, für den obenstehend laut angezogener Behauptung einwandfreier Nachweis erbracht werden muß. Auch in letzterem Punkte gebieten die Wahrnehmungen bei andern Gelegenheiten zur Vorsicht. Die Gehilfenschaft ist durchaus nicht willens, immer Konzessionen zu machen, während die Gegenleistung in unzulänglicher und gar noch freiwilligen Zeuerungszulagen besteht. Es fehlt nur, daß größere Firmen, die sich noch helfen können — und hinsichtlich der Maschinenmeister ja meist auch helfen müssen — nun nicht zurücktreten und es auch mit den „interessanten Experimenten“ versuchen wollen. Bei den Gehilfen fehlt nicht mehr allzuviel, dann schlägt der Funke ins Pulverfaß. Die unter Herrn Seiffenbachs Vorsitz tagende Prinzipalversammlung erweckt fast den Anschein, als wolle man solche Bestimmungen mit der Gehilfenschaft. Wir möchten deshalb über die Stimmung unter derselben keinen Zweifel belassen.

Reismann-Grono öffentlich des Vertrauensbruchs bezichtigt. Der Vorsitzende des separatistischen Arbeitsgeberverbandes für das Druckgewerbe ist aus seinem im vergangenen Jahre geführten Kreuzzuge für die Einführung von Maschinenbetriebern bekannt als ein Mann, der nicht wählbar in seinen Mitteln ist. Das Tarifamt trat in öffentlichen Bekanntmachungen dem Herrn Doktor scharf entgegen und vom „Korr.“ wurde er unser Trommelrührer genannt. Was man aber jetzt aus Zeitungsartikeln über Reismann-Grono erfährt, zeigt über die Dächer. Der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, Reichsanwalt Clab (Mainz), veröffentlichte nämlich in den „Alldeutschen Blättern“ eine Erklärung, in der er schwere Anklagen gegen den Verleger der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, Dr. Reismann-Grono, erhebt. Er beschuldigt Dr. Reismann-Grono des Vertrauensbruchs, weil dieser eine ganze Anzahl vertraulicher Rundschreiben des Alldeutschen Verbandes, die ihm in seiner Eigenschaft als Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses dieses Verbandes zugegangen waren, in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ veröffentlicht hat. Dr. Reismann-Grono habe sich durch seinen Vertrauensbruch für ihn (Dr. Clab) außerhalb des Kreises gestellt, mit dem man noch verbunden, mit dem man sich auseinandersetzen könne. Ihm sei es vorbehalten gewesen, in der Geschichte des Alldeutschen Verbandes den ersten Vertrauensbruch zu begehen. Diese Unschicklichkeit eines Ausschussesmitgliedens durch den Vorsitzenden in einer solchen Sache ist doch gewiß ohne Beispiel da. Reismann-Grono hat auch die hohe Achtung der Verlegerwelt verloren, welche sie für die Demagogie, die in Berlin zu Füssen des großen Apfelsahns saßen, sogar große Dinge mit ihm zu öffentlichen Anstößen vorhalten. Und nun sehr vornehmlich und wenn ich nur noch den Pseudonymen. Sie transit gloria mundi!

Lebensmittelkarenzmaßnahmen. In Plauen hat die Postamt zwei Alldeutsche (Gehilfe und Lehrling) einer Buchdruckerei festgesetzt. Der Gehilfe ist die Hauptperson bei den Unordlichkeiten. Er verwendete seinem Prinzipal Monate hindurch in erheblichen Mengen für die Stadteverwaltung gedruckte Protokolle und brachte sie bei dem Gehilfen und bei einem Arbeiter andern Berufs an, die damit auch wieder verbotenen Sachen trieben. Der Gehilfe stellte außerdem mit dem von dem Gehilfen aus der Druckerei seines Prinzipals gestohlenem Papier und gab selbst Protokolle her. Ein Teil davon konnte noch beschlagnahmt werden. — Ein Aufsichtsrat hat drei in einer Druckerei beschäftigte Personen in Haft genommen. Mit dem Auftrage der Wache verbedruckte Bogen wurden von ihnen heimlich weggenommen und dann der Aufsicht angefertigt, wobei jedoch ein falscher Buchstabe verwendet wurde.

Eine internationale Druckerei. Die Firma Augustin in Glichtstadt hilft sich über die Kriegsnot mit dem Rest ihres Personals aus Deutschen und dann mit zehn Franzosen, Belgiern und Russen als Kriegsgefangenen hinweg. In dieser Zeit, wo nichts unmöglich ist, dürfte ein solches Völkergemisch in nur einer Druckerei dennoch ein Werk sein.

Verband der deutschen Kreisblattverlegervereine. Die in der Zeitungsverlegerorganisation für verschiedene Distrikte bereits bestehenden, den jeweiligen Kreisvereinen angeschlossenen bestehenden Vereinigungen der Kreisblattverleger gewinnen nicht nur mit der Zeit an Ausdehnung, sondern es ist auch ein allgemeiner Zusammenstoß unter vorgeanntem Titel in der Bildung begriffen. Die Spitze der Kreisblattverleger will durch zentralisierte Interessenvertretung den Regierungen gegenüber die jetzigen, unbilligen Zustände heilsamen. Die gewährte Entschädigung ist absolut unzureichend geworden.

Erhöhung des Anzeigenpreises. Die Zeitungen in Weisel haben vom 15. November an gemeinsam die Inseratengebühr von 15 auf 20 Pf. erhöht.

Über hundert Kriegszeitungen. Es interessiert nicht nur den Sammler, zu wissen, wieviel Kriegszeitungen es gibt; auch für uns Buchdrucker ist das Erfahren in vieler Hinsicht in geistiger und beruflicher Hinsicht wertvoll. Der „Zeitungsverlag“ gab in einer seiner letzten Nummern eine Übersicht der erschienenen Kriegszeitungen, aus der wir entnehmen, daß die Zahl derselben weit über die sonstige Annahme hinausgeht. Die „Typographischen Mitteilungen“ haben ja ebenfalls über 80 verschiedene Zeitungen im Bilde bringen können. Man unterseheidet eigentliche Kriegszeitungen von Soldaten für Soldaten geschriebenen, deren 49 gezählt werden, fern 13, die für Besatzungstruppen und zum Teil auch für die Bevölkerung bestimmt sind, 15 lediglich für die Bewohner der besetzten Gebiete, das wären 77 Zeitungen. Außerdem erscheinen 11 Gefangenzeitungen, 7 Quarantänezeitungen und dann die große Anzahl derjenigen Zeitungen und Blätter, die in der Heimat für die Feldtruppen geschaffen sind. So haben z. B. die studentischen Korporationen, Schulen, Kirchengemeinden, städtische Behörden, Vereine, größere Fabrikschiffstättens, und von diesen vorzugsweise das Buchdruckgewerbe, zwanzigfache Nachdruckblätter herausgegeben, die gewissermaßen einen vereinfachten Briefwechsel zwischen den Ausmarschirten und den Zurückgebliebenen darstellen. Diese Literatur ist also sehr groß, und es lohnte sich, von berufener Seite eine lückenlose Zusammenstellung herbeizuführen. In München hat sich im Interesse der Sammler sogar eine Vermittlungsstelle für Kriegszeitungen gebildet. Von feindlichen Frontzeitungen sind 17 bekannt.

Starker Wettbewerb um die männlichen Kräfte. Calwers „Arbeitsmarktkorrespondenz“ schreibt zu dieser Wahrnehmung, von der sie eine ungemene Beängstigung des Arbeiterwechsels schlussfolgert, folgendes: Seit man die Nachfrage nach männlichen Arbeitern im Januar d. J. gleich 100, so betrug sie im Juni erst 102,8 und steigerte sich in den nächsten Monaten also: Juli 111,4, August 122,8, September 124,8, Oktober 129,6. Ganz besonders stark war die Steigerung der Nachfrage in Nordwestdeutschland und Westdeutschland. Dementsprechend der Nachfrage steht ein Sinken des Angebots gegenüber. Wenn man auch hier das Januarangebot mit 100 annimmt, so stellte es sich im August noch auf 106,5, im September nur noch auf 101,9 und im Oktober auf 99,6. Bemerkenswert ist, daß im Oktober nicht in allen größeren Gebieten eine Senkung des männlichen Angebots eingetreten ist, vielmehr zeigt sich für Mitteldeutschland eine Zunahme. Be-

londers stark hat das Angebot im industriereichen Westdeutschland abgenommen. Bis zu welchem Grade der Arbeitermangel gestiegen ist, das erkennen wir aus der Gestaltung des Andranges am Arbeitsmarkte, d. h. aus der Zahl, welche uns darüber Anschlag gibt, wieviel Arbeitstuchende auf 100 offene Stellen am mannlichen Arbeitsmarkte kamen. Im April 1915 verzeichneten wir zum letztenmal einen Andrang von etwas über 100. Seitdem sinkt der Andrang unter gelegentlichen Schwankungen immer tiefer, besonders rasch aber etwa seit Juni d. J. In diesem Monate fand der Andrang auf 80,19. Der Juli brachte einen Andrang von 77,18, der August von 72,47, der September von 68,22 und der Oktober endlich einen solchen von 64,27. Diese Ziffer besagt, das die Zahl der mannlichen Arbeitstuchenden nicht einmal mehr zwei Drittel der offenen Stellen ausmacht.

Der „Fleischüberfluß“ in Meerane. Von befreundeter Seite werden wir darauf aufmerksam gemacht, der in voriger Nummer in der Rubrik für Ernährungsfragen erwähnte Fleischreichtum in Meerane könnte einen ganz andern Hintergrund haben. Die dieser Stadt das Gepräge gebende Textilindustrie liege brach. Die zahlreiche Arbeiterschaft wäre trotz der öffentlichen Unterstützung nicht in der Lage, das Geld für die geringe Fleischration aufzubringen. Die Fleischer hätten dadurch immer viel Fleisch übrig, das an Bessergestellte ohne Marken losgeschlagen werde, um es nur los zu werden. Wir müssen leider sagen, das diese Kommentierung viel für sich hat. Hauptmanns „Weber“ könnten somit aus andern Motiven Erzeugung finden. Das Elend bliebe aber gleich erschütternd.

Kriegsversicherungskasse der „Volksfürsorge“. Bis zum 27. November waren 80051 Anteilsscheine für 53067 Kriegssteuerner gelöst und 400255 Mk. dafür eingezahlt. Spätestens sechs Monate nach Friedensschluß werden die Einzahlungen in vollem Umfang an die Hinterbliebenen der Versicherten verteilt; es können auch Abschlagszahlungen bis zum fünftfachen Betrage der Einzahlungen gewährt werden. Die Todesfälle sind der „Volksfürsorge“ unverzüglich anzuzeigen und durch behördliche Papiere nachzuweisen. Die vier Monate nach Friedensschluß in

den amtlichen Listen als „Vermißte“ Aufgeführten werden den Verstorbenen gleichgeachtet.

□ □ □ □ □ Literarisches □ □ □ □ □

„Sind die Ketten deutschfeindlich?“ Eine Aufklärungsschrift über die wirtschaftlichen und politischen Fragen in Liv-, Est- und Kurland von Livonicus. Verlag der Genossenschaftsdruckerei in Freiburg i. Br. 52 Seiten. Preis 75 Pf. Als Livonicus-Pseudonym verfaßt hier ein Verbandsmitglied, dem man schon im „Korr.“ begegnen konnte, den Nachweis zu erbringen, das ein großer Teil der Einwohner der Ostprovinzen Liv-, Est- und Kurland durchaus nicht so deutschfeindlich gesinnt ist, wie dies auf Grund vieler, teils bewußt, teils unbewußt falscher Darstellungen scheinen könnte. Die Tatsache der gegenwärtigen Belegung eines großen Teils dieses Gebietes rückt auch die von Livonicus behandelten Verhältnisse in den Vordergrund. Von ganz besonderem Interesse ist das Kapitel „Aus der ballistischen Arbeiterbewegung“. Das auch hier die Buchdrucker als erste in der Bewegung standen, erscheint selbstverständlich. Die erste auf internationaler Basis beruhende Vereinigung war die von Deutschen gegründete „Buchdrucker-Gesellschaft zu Riga“. Bezeichnend ist es, das die Behörde es für zweckmäßig fand, einen „Inspektor der Buchdruckereien“ zu installieren, der das Wirken und Schaffen der Jünger Gutenbergs zu überwachen hatte. Nationale Gegenstände innerhalb der Arbeiterschaft sind nach der Auffassung des Herausgebers nirgends erkennbar gewesen; im Gegenteil habe sich anlässlich des Buchdruckerstreiks im Jahre 1913 das Solidaritätsgefühl aller Arbeiter im schönsten Maße gezeigt. Das Schriftchen bietet Gelegenheit, interessante Vergleiche zwischen russischer und deutscher Kultur zu ziehen und kann schon insofern als aktuell einem weiten Leserkreis empfohlen werden. My.

Briefkasten.

R. M.: Wird zweckentsprechend verwendet. — G. L. in B.: Bis 2. Dezember mittags war Antwort leider noch

nicht eingegangen, deshalb Zurückstellung. — F. J. in St.: Eingang beständig. Verbandsgeschichte ruht vollständig, da aus der „Korr.“ Troika ein Einspänner geworden ist, der gar fest ziehen muß. Frdl. Gruß! — G. A. in L.: 1. St. immer wieder zurückgestellt worden wegen unaußerordentlichem Raumangel. Wird aber nun wie ein dringendes Telegramm behandelt werden. 2. Bielefeld meldet sich die andre Seite noch einmal; sonst wird es in diesem Monat kaum möglich gemacht werden können. — D. R. in Lindau: 2,60 Mk.

□ □ □ □ Verbandsnachrichten □ □ □ □ □

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chammisplatz 5 II.
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Odergau. Wir bitten die Herren Bezirks- und Ortsvorstände, den Familien unserer zum Militär eingezogenen verheirateten Mitgliedern in der Woche vor Weihnachten einen Monatszuschuß von 6 Mk. aus der Gaukasse zu zahlen. Quittung wie bisher. Dieselben sind auf jeden Fall im vierten Quartal mit abzurechnen. Die Unterstützung wird nur dann gezahlt, wenn das Mitglied zuletzt vor seiner Einberufung mindestens sechs Wochen im Odergau gesteuert hat und eine eigne Wohnung besitzt.

Adressenveränderungen.

München. (Bayerischer Korrespondenzverein.) Wegen Einberufung des ersten Vorstehenden wurde der zweite Vorstehende, Kollege Valentin Honig, Meindlstraße 4/2, mit der Erledigung der Vereinsgeschäfte beauftragt.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigefügte Adresse):
Im Gau Oder der Seher Eduard Jagieniak, geb. in Krottschin 1890, ausgel. das. 1911; war noch nicht Mitglied. — G. Reinke in Stettin, Turnerstraße 10.

Zum Händewaschen:
„Ein Stück Krisit“
Frei im Verkauf Preis 10 Pfennig
Zum Reinigen und Scheuern
von Holz- und Metallsachen, Küchengeräten, Fußböden usw.
ein Paket Krisit Puß-Soda
Frei im Verkauf Preis 15 Pfennig
Senkel & Co., Düsseldorf, auch Fabrikanten von Perlit und Senkels Puß-Soda

Stereotypen für Flach und Rund stellt ein
Deutsches Druck- und Verlagshaus,
Leipzig-Stötterik, Melfmerstr. 7.

Tüchtige Akzidenz- und Wertseker
sucht sofort Spamerische Buchdruckerei, Leipzig.

Maschinenmeister
möglichst militärfrei, für Ein- und Zweifarbenmaschinen gesucht. [390]
Giesecke & Devrient, Leipzig, Nürnberger Straße 12.

Tüchtige Maschinenmeister
in dauernde Stellung gesucht. Spamerische Buchdruckerei, Leipzig.

Tüchtige Werkseker und Maschinenmeister
finden bei uns dauernde Stellung. Feuerungsulage wird gewährt. Angaben über Militärverhältnis erbeten.
Pierersche Hofbuchdruckerei, Altenburg (S.-A.). [225]

Tüchtige Maschinenmeister
für dauernde Stellung gesucht. [392]
Ernst Keils Nachf. (Aug. Scherl), G. m. b. H., Leipzig-Stötterik.

Tüchtige Schriftseker
für besseren Verlah sofort oder 14 Tage nach Engagement gesucht. [330]
Hofbuch- und Steindruckerei Fleisch & Brüdner, Weimar.

**Schriftseker
Linotypeseker
Maschinenmeister
Stereotypen
Buchbinder**

finden Stellung und wollen sich mit Gehaltsforderung melden bei [359]
S. E. Hermann, Berlin SW 19, Beuthstraße 8.

Ein Schriftseker und ein Maschinenmeister
für sofort in dauernde Stellung gesucht. Reize wird vergütet. [172]
Weserdruckerei Oesfemünde.

**Akzidenzseker
Werkseker
Typograph- und
Monotypeseker
Maschinenmeister
Stereotypen**

jedoch nur tüchtige Kräfte, werden in dauernde Stellung gesucht. [344]

**Oscar Brandstetter
Leipzig.**

Tüchtiger Inseratenseker
sicher gesucht. „Allgemeine Zeitung“, Chemnitz.

Tüchtiger Seker
gesucht. Lohn 3 Mk. über Tarif. [397]
D. J. Carlens,
Buchdruckerei, Meidahnung (Holl.).

Schriftseker
möglichst militärfrei, für leichten Akzidenz- und Verlah gesucht. Keine Anstöße. Angebote an Giesecke & Devrient, Leipzig, Nürnberger Straße 12.

**Linotypeseker
Akzidenzseker
und
Stereotypen**

für Rund- und Flachstereotypie werden bei hohem Lohn sofort gesucht. [381]
Rathenower Zeitungsdruckerei,
H. S. Wendebach, Rathenow.

Tüchtiger Linotypeseker
sicher gesucht. „Allgemeine Zeitung“, Chemnitz.

Ein Maschinenmeister
in dauernde, angenehme Stellung gegen hohen Lohn gesucht. [369]
G. S. Bankauf, Buchdruckerei, Bochum.

**Tüchtiger
Maschinenmeister**
militärfrei, für sofort oder später gesucht. [375]
H. Wulfram Nachf., Wismar i. Mecklb.

**Ein militärfreier
Maschinenmeister**

zur Ausbildung an Rotationsmaschinen sofort gesucht. [395]
„Mainzer Anzeiger“, Mainz.

Buchdruckmaschinenmeister
für Schnellpresse, ältere oder jüngere Kraft, bei entsprechendem Lohn und Feuerungsulage zum baldigen Antritt in dauernde Stellung gesucht.
H. G. für Formularbedarf,
Wünschendorf bei Gera (Reuh).